Abend-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 6308 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich Dr. Ewald Schultze in Halle.

[Fernsprechverbindung Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Dreiunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 82. Halle a. d. Saale, Freitag den 17. Februar 1899.

Präsident Faure †

Aus Frankreich kommt eine Todesbotschaft, die so recht geeignet ist, die Menschen aufzurütteln aus ihrem Hochmuth und dem Gefühl der Selbstherrlichkeit, das sie erfüllt. Da arbeiten sie von früh bis spät an der Erfüllung ihrer ehrgeizigen und selbstsüchtigen Pläne. Was sich ihnen in den Weg stellt, suchen sie beiseite zu schieben. Jedes Mittel ist ihnen recht, wenn es sie nur ans Ziel ihrer Wünsche führt. Aber das Schicksal geht seinen eigenen Gang. Es kümmert sich nicht um Menschenpläne und Menschenwünsche; mit rauher Hand greift es plötzlich ein und alles, was so geschickt und künstlich aufgebaut war, wird vor ihm zu nichte.

Der Präsident der französischen Republik, Herr Felix Faure, ist todt. In unserer Morgenausgabe haben wir bereits unsern Lesern die Drahtmeldung über seinen Hingang mitgetheilt. Keine lange Krankheit hat auf die Botschaft vorbereitet. Ein gesunder Mann, begab sich Faure gestern nachmittag in sein Arbeitszimmer. Um 6 Uhr befiel ihn ein Unwohlsein, um 10 Uhr ging er in jene andere Welt hinüber, in der man von menschlichen Ehren und irdischen Würden nichts weiß. An seinem Sterbelager stand der Ministerpräsident der Republik, Herr Dupuy. Er hat sofort den Präfekten und Unterpräfekten den Tod Faure's mitgetheilt und dazu bemerkt, bei dieser schmerzlichen Lage der Dinge rechne die Regierung auf die ganze Wachsamkeit der Präfekten und Unterpräfekten.

Das ist keine leere Phrase. Die Regierung Frankreichs hat allen Grund, die Lage als eine sehr ernste anzusehen. Die Republik befindet sich in einem Zustande, der ihre ehrlichen Anhänger mit ernster Besorgniß erfüllen muß. Jeder Zeitungsleser weiß, wie der Fall Dreyfus aus kleinen Anfängen sich immer größer und unheimlicher ausgewachsen hat, wie er schließlich ganz Frankreich in zwei Lager gespalten hat, die sich mit grimmigem Haß befehden. Bald hatten die Dreyfusards, bald die Antidreyfusisten die Oberhand. Jetzt waren die letzteren wieder einmal die mächtigeren. Sie hatten die Ueberweisung des Falles von der Kriminalkammer des Kassationshofes an das Plenum des Kassationshofes durchzusetzen gewußt, eine evidente Beugung des Rechtes. Es war kein Geheimniß, daß diese Wendung mit der Zustimmung und unter der Beihilfe des Mannes erfolgte, der jetzt im Elysée auf seinem letzten Lager ruht. Wird sein Ende ohne Einfluß auf die endliche Erledigung der Dreyfusfrage sein? Man kann es kaum glauben.

Zunächst wird sicher bei der Aufstellung der Kandidaten für den Präsidentschaftsposten ihre Haltung in der Dreyfusfrage in die Wagschale fallen. So entscheidet der Gefangene von der Teufelsinsel in letzter Linie die Geschicke seines Vaterlandes. Denn das darf man als sicher annehmen, daß von dem Ausgange dieser Wahl es abhängt, ob Frankreich Republik bleibt oder nicht. Der Tod Faure's kam unerwartet; niemand konnte daran denken, daß der vollkräftige Mann so jäh aus dem Leben gerissen werden würde. An seinen Nachfolger hat noch niemand gedacht. Wird man jetzt in dem wildbewegten Volke die nöthige Ruhe der Seele finden, den rechten Mann zu erwählen? Oder wird unter den Prätendenten sich einer den Muth fassen, in diesen Tagen, da Frankreich ohne Haupt ist, sein Banner im Lande aufzupflanzen? Und wenn er den Muth hat, wird die Republik die Kraft haben, sich zu behaupten, oder werden die Franzosen dem neuen Herrn zufallen? Ja, fürwahr, Herr Dupuy hat allen Grund, die schmerzliche Lage der Dinge zu betonen.

Felix Faure war ein Emporkömmling. Er hat Glück gehabt, in allem, was er that, und die Presse seines Landes hat es sich nicht entgehen lassen, darüber zu scherzen, daß die Bedeutung seines Vornamens Felix („Der Glückliche") zu seinem Lebenswege durchaus passe und gewissermaßen eine Vorbedeutung für seine Erfolge gewesen sei. Er hat erreicht, was er erreichen konnte, als Kaufmann, als Politiker, als Präsident. Und wenn er seine Hofhaltung immer monarchischer gestaltete und Formen liebte, wie sie dem Haupte einer Republik wenig anstehen, so spotteten seine Landsleute wohl darüber, aber sie trugen es dem Manne nicht nach, der sich Arm in Arm mit dem Zaren der Welt gezeigt und die öffentliche Verkündigung des russisch-französischen Bündnisses durchgesetzt hatte. Felix Faure hatte erreicht, was er erreichen konnte; höher hinaus konnte er nicht wohl. Aber wohl waren Anzeichen da, daß es jetzt abwärts ging. Nicht nur in der äußeren Politik folgte Mißerfolg auf Mißerfolg, auch im Innern kochte und brodelte es unheimlich. Ein Gewitter zieht über Frankreich hieranf. Ob es sich entladen, ob es vorüberziehen wird, wer will das jetzt schon sagen? Aber vielleicht wird uns die Zukunft lehren, daß Felix Faure nie ein größeres Anrecht auf seinen Vornamen hatte, als da er gerade jetzt aus dem Leben schied.

Ein Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich.

Professor Karl Binding in Leipzig hat wiederholt öffentliche Anregungen gegeben, die dem deutschen Volke aus der Seele gesprochen waren. Sein neuester Vorschlag, den er in der „Deutschen Juristen-Zeitung" behandelt: einen Staatsgerichtshof für das deutsche Reich zu gründen, entspricht ebenfalls dem Bedürfniß wie den Wünschen der Nation. Allerdings darf man dabei einstweilen nicht an die Regierung denken, denn daß beispielsweise bei der preußischen Staatsleitung eine besondere Neigung herrschen wird, dem Gedanken des leipziger Rechtslehrers Folge zu geben, darf bezweifelt werden. Und doch ist das, was Binding wünscht, nur die folgerechte Krönung des Verfassungsstaates. In einzelnen anderen Reichen finden sich auch ähnliche Einrichtungen, wie sie hier gefordert werden. Auch war in dem deutschen Verfassungsentwurf vom Jahre 1849, der vielfach der heutigen Reichsverfassung als Muster gedient hat, ein solcher Staatsgerichtshof unter dem Namen des Reichsgerichts vorgesehen. Er ist aber heute noch viel nöthiger als damals, und auf die Länge der Zeit wird man gar nicht umhin können, einen solchen Gerichtshof zu schaffen, dessen die Regierungen nicht minder bedürfen als die Volksvertretungen. Insbesondere hat der jüngste Lippesche Streit gezeigt, zu welchen höchst peinlichen Erörterungen der jetzige Rechtszustand führt, oder vielmehr eine Unvollständigkeit und Unzulänglichkeit des Rechtszustandes, wobei dem Bundesrath die Kompetenz eines Gerichtshofes zugesprochen wird.

Wenn man theoretisch die gesetzgebenden Körperschaften des deutschen Reiches untersucht, so erscheint der Bundesrath sicherlich nicht als eine Einrichtung, die über jede Anfechtung erhaben ist. Gegen diese Einrichtung hat sich auch besonders bei der Berathung über die Verfassung der Widerspruch der Minderheit gerichtet. Allein ganz zutreffend erinnert Binding an das Wort des ersten Kaisers, das bei der Eröffnung des konstituirenden Reichstags gesprochen wurde, daß man das Erreichbare nicht dem Wünschenswerthen opfern dürfe. Erreichbar war im Jahre 1867 und dann im Jahre 1870 nur ein Nothbau. War erst die Einigung erfolgt, war erst das Fundament gelegt, so konnte man später den Ausbau allmälig fortsetzen. Auch Verfassungen werden nicht in jedem Punkt für die Ewigkeit gemacht, sie sind Menschenwerke und müssen daher mit der Zeit verbessert werden. Der Bundesrath ist im Gegensatz zum Reichstag von vornherein das partikularistische Element, während die aus direkten, allgemeinen Wahlen hervorgegangene Volksvertretung das nationale Element darstellt. Der Bundesrath ist nicht die Vertretung des deutschen Volkes, sondern der Einzelregierungen der Staaten. Die Mitglieder des Bundesrathes werden von den einzelnen Fürsten, also von ihren verantwortlichen Ministern gewählt, sie stimmen auch nicht nach ihrer persönlichen Ueberzeugung, sondern nach den Anweisungen ihrer Regierungen. Preußen hat einschließlich der Stimme Waldeck im Bundesrath 17 Stimmen. Diese Stimmen werden, ganz gleich wie viel preußische Vertreter im Bundesrath es giebt, einheitlich abgegeben. Daher kommt es, daß alle noch so beweiskräftigen Gründe, die etwa im Reichstag vorgebracht werden, einstweilen hinsichtlich des Bundesraths vollkommen wirkungslos sind. Selbst wenn die Mehrzahl der Bundesrathsmitglieder überzeugt wäre, so hätte sie doch keine Möglichkeit, dieser Ueberzeugung auch Folge zu geben, sondern sie müßten erst warten, bis die Regierungen ihre Instruktion abgeändert haben. Daneben tagt der Bundesrath hinter verschlossenen Thüren, und nicht einmal seine Protokolle werden veröffentlicht. Sollte einmal die Zeit wiederkehren, wo die Staaten unter einander eifersüchtig und mißtrauisch sind und die Regierungen auch gegen einander arbeiten, so kann es bei dem heutigen Bundesrath genau so gehen wie einst bei dem alten Bundestag, daß die ganze Reichsmaschine lahm gelegt wird, schon weil es möglich ist, daß die größten Bundesstaaten überstimmt werden. Aus diesem Grunde hat Fürst Bismarck immer verfassungsrechtliche Streitigkeiten nach Möglichkeit zu vermeiden gesucht. Er wollte keine Kraftproben. Dazu ist das Reich viel zu jung und der Verfassungsbau viel zu schwach.

Daß dieser Bundesrath obenein richterliche Befugnisse haben soll, wird von Binding als „welthistorisches Unikum" bezeichnet, hauptsächlich deshalb, weil in diesem Gerichtshof die Parteien selbst mitwirken, und zwar als Richter. In der That ist sonst der Grundsatz anerkannt, daß niemand Richter und Partei in einer Person sein darf. Allein so ganz ausnahmslos, wie Binding annimmt, ist doch dieses Prinzip, wenigstens in Preußen, nicht durchgeführt. Es giebt hier noch einen zweiten Fall, wo ebenfalls die Partei zum Richter gemacht wird: das ist das Disciplinarverfahren für die nicht-richterlichen Beamten. Hier ist in zweiter Instanz in Preußen das Staatsministerium Gerichtshof, auch in Fällen, wo es sich um die Politik dieses Staatsministeriums handelt, also beispielsweise in dem Disziplinarverfahren gegen Professor Delbrück, der die Politik der preußischen Regierung angegriffen hatte, entscheidet in zweiter Instanz als Gerichtshof das preußische Staatsministerium. Aber wenn auch der Ausdruck „Unikum" auf die Thätigkeit des Bundesraths nicht ganz paßt, so sind doch alle Einwendungen, die Binding gegen diese Thätigkeit erhebt, vollkommen zutreffend, nur daß sie auch gegen das preußische Disziplinarrecht sprechen. Für das Reich ist hier übrigens schon eine Aenderung vorgesehen. Hier ist ein unabhängiger Disziplinarhof geschaffen. Immerhin sind die Aufgaben im Disziplinarverfahren viel unwichtiger als die staatsrechtlichen Befugnisse des Bundesraths als Gerichtshof. Man hat es bei dem Lippeschen Fall gesehen. Streitigkeiten zwischen Bundesstaaten sollen vom Bundesrath geschlichtet werden. Aber der Bundesrath bestimmt selbst seine Zuständigkeit, und er hat sie nach Ansicht Bindings im Widerspruch mit der Verfassung auf den Lippeschen Fall ausgedehnt, der keine Streitigkeit zwischen Bundesstaaten ist. Der Bundesrath kann auch in anderen Fällen rechtswidrig seine Zuständigkeit aussprechen und seine Entscheidung treffen, und die Mitglieder des Bundesraths sind vollkommen unverantwortlich. Da ist es begreiflich, daß gerade einem Staatsrechtslehrer die Nothwendigkeit einleuchtet, hier einen Wandel zu schaffen, wie er mit dem System des Rechtsstaats in Einklang steht.

Binding will dem Staatsgerichtshofe für das Deutsche Reich alle Verfassungsstreitigkeiten zuweisen, die auf Grund der Reichsverfassung oder der Verfassung der Einzelstaaten zwischen dem Kaiser und dem Bundesrath, zwischen dem Bundesrath und dem Reichstag, zwischen den gesetzgebenden Faktoren der Einzelstaaten oder zwischen verschiedenen Staaten des Deutschen Reiches entstehen könnten, er will diesem Gerichtshofe endlich in höchster Instanz die Abhilfe gegen Rechtsverweigerung und Rechtshemmung unterstellen. Die Bürgschaften für eine vollkommen unabhängige Entscheidung sucht Binding in der Besetzung des Gerichtshofes. Seine Mitglieder sollen unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichsgerichts in einer vorher bestimmten Reihenfolge Recht sprechen. Die Mitglieder sollen dem Reichsgericht und dem höchsten Verwaltungsgericht entnommen sein. Für jeden einzelnen Fall soll ein ebenfalls der Reihenfolge nach vorher bestimmter Professor des Staatsrechts zugezogen werden. Das alles sind indessen Einzelheiten der Ausführung, die erörtert werden können, wenn das Prinzip angenommen ist. Dieses Prinzip aber ist so wichtig, daß es nur nützlich wäre, wenn es allgemein im Volke erörtert und zum siegreichen Durchbruch gebracht würde. Manche schwierige Zwistigkeit von großer politischer Tragweite könnte hier in den einfachsten Formen beigelegt werden. Alle thörichten Drohungen mit Staatsstreich oder Diktatur würden einem solchen Gerichtshofe gegenüber von vornherein als Narreteien erscheinen. Ein Verfassungskonflikt wäre bei der Existenz dieses Gerichtshofes unmöglich. Das ganze Verfassungsrecht fände in der Rechtsprechung dieses Gerichtshofes seine beste Bürgschaft.

Treffend fordert Binding diese Fortbildung des öffentlichen Rechts, weil das Reich kraftvoll und zugleich ruhig stets vorwärts und zugleich aufwärts schreiten soll. Die Einrichtung eines solchen Gerichtshofes würde vielen Verstimmungen vorbeugen, die in den letzten Jahren zur Reichsverdrossenheit geführt haben. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich wäre aber nicht nur eine Garantie für das Recht des Volkes, sondern nicht minder für das Recht der Fürsten und der Einzelstaaten und desgleichen für das Recht des Kaisers, das ebenfalls seine Wurzel in der Verfassung hat. Der Staatsgerichtshof wird nicht von heute auf morgen geschaffen werden. Aber ist seine Nothwendigkeit einmal anerkannt, so ist es auch nur eine Frage der Zeit, wann die Anregung Bindings in die Form des Gesetzes übertragen wird.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

§§ **Berlin**, 16. Febr. Ein berliner Mitarbeiter schreibt uns: Zuletzt besuchte ich den früheren Reichskanzler Grafen Caprivi im Juni 1898 in Skyren. Er hatte damals schwer zu leiden, und zwar nicht nur unter den Herzstichen, an die er seit Jahren gewöhnt war, sondern besonders auch unter nervösem Kopfschmerz, der ihn Wochen hindurch verfolgte und zeitweilig so hartnäckig auftrat, daß eine bekannte medizinische Autorität telegraphisch von Berlin nach Skyren berufen werden mußte. Es ließ sich nur konstatiren, daß eine erstere und dauernde Störung der Geistesthätigkeit nicht zu befürchten sei. Im übrigen wurde dem Patienten strengste Ruhe und Schonung verordnet. Infolgedessen mußte Graf Caprivi sogar seine täglichen, mehrstündigen Morgenspaziergänge in den ausgedehnten Eichen- und Kiefernforsten, die sich unmittelbar an den Gutshof von Skyren anschließen, auf längere Zeit aufgeben. Im Dorfe hieß es schon damals, daß „unsere Excellenz", wie Graf Caprivi allgemein genannt wurde, „nicht ganz richtig im Kopfe sei." In dieser Schroffheit war ein solches Urtheil indeß, wie ich mich persönlich überzeugen konnte, keineswegs zutreffend. Ich erschrak allerdings, als ich des Grafen ansichtig wurde. Immerhalb eines Jahres — so lange hatte ich ihn nicht gesehen — hatte er sehr stark gealtert, und ich verließ ihn in der schmerzlichen Ueberzeugung, daß er den irdischen Jammer nicht lange mehr werde tragen müssen.

Daß der Chef des Civilkabinets v. Lucanus in nächster Zeit aus seinem Amte ausscheidet, wird wieder einmal, wie die „Freis. Ztg." schreibt, in parlamentarischen Kreisen allseitig versichert. Die Anforderungen an sein Amt sollen sich in letzter Zeit derart gesteigert haben, daß Herr v. Lucanus trotz seiner bekannten Gewandtheit sich denselben nicht mehr gewachsen fühlt. (?)

Die „kleinen Mittel".

Von den großen Mitteln des Bundes der Landwirthe ist es still geworden. Verzichtet haben selbstverständlich die Agrarier nicht darauf, der Regierung den Brotkorb ihrer Gunst so hoch als möglich zu hängen; aber fürs erste halten sie es für praktischer, alles zu nehmen, was wohlwollende Minister ihnen gewähren wollen, anstatt der Taube auf dem Dache nachzujagen. Und man muß sagen, die Agrarier legen eine geradezu phänomenale Erfindungsgabe an den Tag, immer neue „kleine Mittel" zur Hebung der Landwirthschaft ausfindig zu machen. Das Neueste auf diesem Gebiete ist der einstimmig gefaßte Beschluß der Generalversammlung der Steuer- und Wirthschaftsreformer, der an die Regierung die Bitte richtet, thunlichst bald eine Neuregelung der Dotation aller preußischen Provinzen vorzunehmen. Der dabei angezogene Beschluß des Herrenhauses vom 28. April v. J., dem ein Antrag Mirbach-v. Mantenffel zu Grunde lag, hat folgenden Wortlaut:

„Im Hinblick auf die bevorstehende Neuregelung der Wassergesetzgebung der kgl. Staatsregierung gegenüber die Erwartung auszusprechen, 1. daß den Selbstverwaltungskörpern bei Auferlegung neuer Pflichten entsprechende staatliche Dotationen überwiesen werden; 2. daß die unzulängliche, in einem richtigen Verhältniß von Leistung und Gegenleistung nicht mehr stehende Dotation der Selbstverwaltungskörper einer den jetzigen Verhältnissen entsprechenden Neuregelung baldigst unterzogen werde."

Ueber die Voraussetzung, daß die Dotationen der einzelnen Provinzen bestimmt seien, die Ausgaben für Meliorationszwecke usw. zu decken, ist jede Diskussion überflüssig. Wäre das be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990217025/fragment/page=0001

absichtigt, so hätte es der Dotationen für die einzelnen Provinzen nicht bedurft; die Ausgaben hätten ohne weiteres der Staatskasse auferlegt werden können. Die Gewährung fester Dotationen hatte und konnte nur den Zweck haben, den Provinzen den Uebergang in die neuen Verhältnisse zu erleichtern. Das Merkwürdigste aber ist die Motivirung der Forderung einer Erhöhung der Dotationen nach Maßgabe der neu entstehenden Ausgaben:

„Es hat die Steuerreform in Preußen den östlichen Landestheilen die gehoffte Erleichterung im Gebiete der direkten Besteuerung nicht gebracht. Die vielfach über Gebühr scharfe Heranziehung zu der Einkommen- und der Ergänzungssteuer in Verbindung mit den beständig und schnell wachsenden Ausgaben an die Kreise und die Provinzen ergeben vielmehr eine Belastung, die die Leistungsfähigkeit der wenig steuerkräftigen Bevölkerung dieser Landestheile ernstlich gefährdet. Die unumgängende Berücksichtigung der östlichen Provinzen in dem Dotationsgesetz bedarf nachträglich der Ausgleichung zu vorher bestimmten Zwecken. Es ist einer weiteren Geschuldung der Kreise vorzubeugen, sowie eine Tilgung der Schulden zu organisiren."

Mit anderen Worten heißt das: die östlichen Provinzen sind durch erhöhte Dotationen auf Kosten der Allgemeinheit zu entlasten. Schon diese Forderung beweist, daß die Urheber des Beschlusses darüber nicht im Zweifel sind — was ja aus jeder Steuerstatistik zu ersehen ist —, daß die östlichen Provinzen zu den Staatseinnahmen verhältnißmäßig sehr viel weniger beitragen als die übrigen. Wäre das nicht der Fall, so hätten sie gar kein Interesse daran, die Mittel zur Durchführung der Aufgaben der Selbstverwaltung mittels direkter Staatszuschüsse — etwas anderes sind die Dotationen doch nicht — zu beschaffen. Mit anderen Worten: was die ostelbischen Agrarier wollen, ist die wenigstens theilweise Abwälzung der Provinzial- und Kreisabgaben auf den Westen.

Ein Landwirth über die Agrarfrage.

In einem eben bei F. W. Grunow in Leipzig erschienenen Buche von Karl Jentsch über „Die Agrarkrisis" äußert sich ein Landwirth, der Rittergutsbesitzer Ernst Kleinschmidt-Ritterwitz bei Ottmachau (Schlesien) über agrarische Fragen in einer Weise, an der man seine aufrichtige Freude haben kann. Interessant ist dabei, daß Kleinschmidt seine Darlegungen bereits vor drei Jahren niedergeschrieben hat, daß aber eine landwirthschaftliche Zeitschrift damals den Abdruck ablehnte — wohl weil sie sich scheute, derartige unbequeme Wahrheiten weiter zu verbreiten. Da das, was Kleinschmidt geschrieben, auch heute noch in vollem Maße gilt, so sei es uns gestattet, einige besonders schlagende Stellen aus dem Aufsatze hier wiederzugegeben. Der Verfasser ist der Ansicht, daß die Agrarier auf dem besten Wege sind, den eigenen Stand zu diskreditiren, jedes Vertrauen in die Zukunft zu untergraben und durch die von ihnen empfohlenen Vorschläge, wie die Kanitzschen Anträge, zur sozialistischen Staats- und Produktionsform zu gelangen. Dann fährt er fort:

„In dieser Sucht nach Hilfe von oben oder von der Allgemeinheit, denen diese und niemand anders ist schließlich der zahlende Theil, werden Vorschläge gemacht, die aller Logik, allen volkswirthschaftlichen Grundsätzen und aller Billigkeit widersprechen. In dieser Richtung führe ich also geradezu typisch die Anträge Kanitz und das projektirte (inzwischen ergangene) Zuckersteuergesetz an. Kanitz will aus der Landwirthschaft eine Sinekure machen, die dem Grundbesitzer ohne Rücksicht auf die Höhe der Produktionskosten und ohne Rücksicht auf die Kaufkraft der Landeswährung eine bestimmte Rente garantirt. Das neue Zuckersteuergesetz will den Zuckerexport nach England und Amerika durch hohe Ausfuhrvergütungen erzwingen, die schließlich der inländische Konsument durch Erhöhung der Konsumabgabe zu tragen hat.

Als der Bund der Landwirthe begründet wurde, hatten viele unserer Berufsgenossen die Hoffnung, daß dieser Bund dazu beitragen würde, das Bismarck'sche Wort: „Quieta non movere" endlich zur Wirklichkeit werden zu lassen. Wir hatten gleich allen anderen Produktionsarten einen Schutzzoll erhalten und wollten uns diesen Schutzzoll nicht einfeitig nehmen oder verkleinern lassen. Wohin ist inzwischen unser Bund gekommen? Der Bund ist heute der Träger aller möglichen und unmöglichen Ideen und Projekte, die zwar niemals zur That werden, aber durch ihr Dasein allein einen gesunden Fortschritt verzögern.

Der erste Punkt, der in Zukunft von hervorragender Wichtigkeit sein wird, ist das Herabgehen des Zinsfußes, das nur durch die beständige Klagerei aufgehalten wird. Die Eisenbahnen sind seit der Verstaatlichung geradezu versteinert, sie dienen heute viel mehr dem Fiskus als dem öffentlichen Interesse. Hierin muß unbedingt Wandel geschehen, wenn unser Osten konkurrenzfähig erhalten werden soll. Mit konzentrirten Kräften müßten wir auf eine durchgreifende Tarifreform drücken. Wir hätten hierin ein dankbares und erreichbares Ziel, an Stelle der vielen ebenso undankbaren als unerreichbaren Projekte.

Der Staat, dessen Kraft und dessen Pflichten heute weit überschätzt werden, muß wieder auf ein gesundes Maß zurückgeschoben werden, und das Individuum muß sich mehr als bisher seiner Verantwortlichkeit, seiner Ehre und seiner Pflichten gegen die Gesammtheit bewußt werden. Nicht mit Monopolen, Begünstigungen und einem Generalaccord, als welchen ich das Streben nach der sogen. Doppelwährung auffasse, sondern durch Einschränkung und verständige Berechnung durch Verbilligung von Produktion, Transport und Verwerthung wollen wir uns helfen."

Es ist — wohlgemerkt! — ein hervorragender Landwirth, keiner von den bösen Liberalen, der sich in solcher freimüthigen Weise äußert!

Parlamentarisches.

** **Berlin**, 16. Febr. Die Reichstagskommission für die Novelle zum Bankgesetz trat heute abend zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Es wurde folgender vom Abg. Dr. Arndt gestellter Antrag zur Debatte gestellt: „Die Kommission wolle beschließen: 1. die Vorlage abzulehnen; 2. die verbündeten Regierungen aufzufordern: a) das bestehende Bankgesetz auf ein Jahr, also bis zum 1. Jan. 1902, unverändert fortbestehen zu lassen und auf dieser Grundlage mit den Antheilseignern der Reichsbank eine Vereinbarung abzuschließen; b) unverzüglich eine Kommission einzuberufen, die unter Anhörung von berufenen Vertretern aller Erwerbsstände eine den gegenwärtigen wirthschaftlichen Verhältnissen entsprechende Aenderung des Bankgesetzes vorbereitet, so daß diese am 1. Januar 1902 in Kraft treten kann." Der Antrag wurde gegen fünf Stimmen abgelehnt. Darauf wird Artikel I der Regierungsvorlage zur Debatte gestellt, der besagt, daß das Grundkapital der Reichsbank aus 150 Millionen Mark in 50,000 Antheilen von je 3000 M. besteht. Abg. Gamp beantragt, das Grundkapital auf 200 Millionen festzusetzen, in 40,000 Antheilen à 3000 und 80,000 Antheilen à 1000 M. Graf Kanitz befürwortet den oben mitgetheilten Antrag der Konservativen. Präsident Koch bekämpft beide Anträge. Ein zu großes Stammkapital würde die Bank zu sehr belasten und unbeweglich machen. Die weitere Berathung wurde auf Sonnabend vertagt.

* Die dem Reichstage zugegangene Denkschrift der vereinigten Privatpost-Anstalten, betr. den Gesetzentwurf über die Erweiterung des Postregals, enthält eine Zusammenstellung von Auslassungen und Petitionen verschiedener Handels- und Gewerbekammern, kaufmännischer Korporationen, Vereinen, Wohlthätigkeitsinstituten 2c., die übereinstimmend für die Erhaltung der Privatposten in ihrem bisherigen Betriebsumfang eintreten. Diesen Eingaben ist eine allgemeine Darlegung vorausgeschickt, worin die Begründung der Postvorlage in ihren Hauptpunkten bekämpft wird. Insbesondere wird bestritten, daß die Ausdehnung des Betriebes der Privatposten den Nutzen der Kaiserlichen Post beeinträchtige; die durch die Privatposten bewirkte Vermehrung des brieflichen Verkehrs, neben der auch eine ständige Steigerung des Reichspostbriefverkehrs hergegangen sei, würde auf diesen nicht übergehen, da das Reich in der Billigkeit des Tarifes nicht mit privaten Anstalten gleichen Schritt halten könne. Die Privatposten nehmen für sich in Anspruch, Mittelstands-Institute zu sein, Helfer des kleinen Mannes, kaum entbehrliche Diener segensreicher sozialer Einrichtungen. Hinsichtlich des Vertrauens der Bevölkerung und der Wahrung des Briefgeheimnisses ständen die Privatposten nicht hinter der Reichspost zurück. Wenn ihnen die Beförderung geschlossener Briefe untersagt würde, dann würde der eigentliche Lebensnerv ihrer Betriebe durchschnitten. Sollte aber diese Beschränkung die Zustimmung des Reichstages finden, so sollte den Privatposten wenigstens voller Schadenersatz gewährt werden. Der hinsichtlich der Entschädigung der Angestellten gemachte Vorbehalt einer ratenweisen Auszahlung erscheine nicht angemessen, ebensowenig die Ausschließung der unter 18 Jahren alten Personen von dem Entschädigungsanspruch. Schließlich wird um eine anderweitige Zusammensetzung des Schiedsgerichts, sowie um Streichung der Bestimmung gebeten, wonach die Postverwaltung die Befugniß haben soll, Privatpost-Anstalten ohne Entschädigung zu schließen. Sollte die Vorlage zur Annahme gelangen, so möge den Privatposten zur Ordnung ihrer Angelegenheiten mindestens eine Frist von einem Jahre gewährt werden.

Verwaltung und Rechtspflege.

m. Der Schriftsteller Dr. phil. Winter und Genossen aus Beuthen waren durch Urtheil des Schöffengerichts zu Gleiwitz auf Grund der Feststellung, daß sie am 19. Mai 1898 zu Kieferstädtel durch ein und dieselbe Handlung sowohl groben Unfug verübt als auch den gegen die Störung der Feier der Sonn- und Festtage erlassenen Verordnungen zuwider gehandelt haben, indem sie an einem Feiertage eine öffentlich bemerkbare Arbeit verrichteten, zu Geldstrafen verurtheilt worden. Gegen diese Entscheidung hatten die Angeklagten Berufung eingelegt und ihre Freisprechung erzielt. Am 19. Mai 1898, dem Himmelfahrtstage, sind die Angeklagten in der Mittagsstunde nach Kieferstädtel gekommen und haben hier in der Zeit gegen 1 Uhr mittags sozialdemokratische Flugblätter zur Vorbereitung für die am 16. Juni 1898 stattfindenden Reichstagswahlen noch vor Beginn des Nachmittags-Gottesdienstes vertheilt. Die Vertheilung geschah in der Weise, daß sie sich in zwei Hälften von je 3 Mann theilten und so durch die Straßen von Kieferstädtel eilend die Flugblätter den Passanten in die Hand drückten oder sie in die Wohnungen brachten. Die Strafkammer nahm an, daß den Angeklagten § 43 Absatz 3 der Gewerbeordnung zur Seite stehe, wonach zur Zeit der Wahl Druckschriften ohne Erlaubniß der Polizei vertheilt werden dürfen; ferner aber könne das Vertheilen von Druckschriften an sich als keine öffentlich bemerkbare Arbeit im Sinne der Polizeiverordnung vom 9. März 1898 angesehen werden. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft wurde jedoch vom Kammergericht die Vorentscheidung aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen. Das Kammergericht nahm an, daß die Polizeiverordnung mit § 43 Abs. 3 der Gewerbeordnung nicht im Widerspruch stehe; auch wurde angenommen, daß das Tragen und Vertheilen von Druckschriften auf der Straße als eine öffentliche Arbeit anzusehen sei.

* Ueber die Benutzung von Vorgärten zu Schankzwecken hat das Oberverwaltungsgericht anerkannt, daß nach § 1 der für Berlin giltigen Polizeiverordnung vom 27. Oktober 1855 die Vorgärten der Regel nach nur als Gartenanlagen und zu Schmuckzwecken zu benutzen sind, und daß, wenn ausnahmsweise und aus bestimmten Gründen von der Polizei auch die Verwendung zu gewerblichem Zwecke zugelassen werde, dies keineswegs jedem Interessenten ein Recht giebt, eine gleiche Berücksichtigung für sich in Anspruch zu nehmen.

* Ein Runderlaß des Landwirthschaftsministers vom 31. Okt. 1898 hat die geeigneten Schmiedeinnungen beizulegende Befugniß, Prüfungszeugnisse über die Befähigung zur Ausübung des Hufbeschlaggewerbes solchen Personen zu ertheilen, die bei einem dies Gewerbe praktisch betreibenden Innungsmitgliede entweder ausgelernt oder als Gesellen mindestens drei Monate in Arbeit gestanden haben, dahin eingeschränkt, daß zwischen der Ausbildung und der Prüfung kein längerer Zeitraum als ein Jahr liegen dürfe. Diese Beschränkung kann, wie ein neuerlicher Erlaß ausführt, in einzelnen Fällen namentlich dann zu Härten führen, wenn ein Hufschmied, der die Vorbedingungen zur Prüfung bei einer berechtigten Innung erfüllt hat, nach mehrjähriger Thätigkeit an anderen Orten in den Bezirk der Innung zurückkehrt und hier sofort sich entweder selbständig niederläßt oder nicht als Geselle, sondern als Leiter in einer fremden Schmiedewerkstatt arbeitet. Wenn in solchen Fällen glaubwürdig dargethan wird, daß der Betreffende auch während seiner auswärtigen Arbeitszeit den Hufbeschlag praktisch ausgeübt hat, und wenn die Erwerbung der Fähigkeit zum selbständigen Betriebe des Hufbeschlaggewerbes auf andere Weise mit besonderen Umständen und Kosten verknüpft sein würde, dann erscheint es billig, die Erlangung des Prüfungszeugnisses bei der Innung ausnahmsweise zuzulassen.

* In Leipzig wurde eine sozialdemokratische Versammlung, in der Redacteur Ledebour von der „Sächs. Arbeiter-Ztg." über die Rechtszustände in Deutschland reden sollte, verboten, weil die „Sächs. Arbeiter-Ztg." aufreizend geschrieben habe.

Soziale Angelegenheiten.

* Für den Tuberkulosekongreß, der in der Pfingstwoche in Berlin stattfindet, sind, wie bei dem großen Umfange des Materials erwartet werden konnte, bereits jetzt zahlreiche Vorträge und Mittheilungen angemeldet worden. Das Organisationskomitee wird demnächst eine sorgfältige Auswahl unter denselben zu treffen haben, da es gilt, den allen Berufsständen und Gesellschaftsklassen angehörenden Kongreßmitgliedern in erster Linie dasjenige autoritativ vorzuführen, was in der Tuberkulosewissenschaft als feststehend und für die Verhütung der Krankheit wertvoll anzusehen ist. Da die nur auf vier Tage bemessene Berathungszeit eine weise Beschränkung bedingt, werden die eigentlichen Vorträge von anerkannten Autoritäten der medizinischen Wissenschaft und der Verwaltungspraxis gehalten werden, während sonstige Mittheilungen in der Diskussion eine geeignete Stelle finden. Für die Abtheilung III, Verhütung der Tuberkulose, hat Professor Rudolf Virchow einen Vortrag über „Tuberkulose in ihren Beziehungen zu den Nahrungsmitteln" zugesagt. Für den Kongreß gehen fortwährend auch Anmeldungen aus dem Ausland ein. Ein Ortskomitee ist in der Bildung begriffen. Der Vorsitz desselben hat Geheimrath Dr. Naumann vom Kultusministerium übernommen.

Kolonialangelegenheiten.

* Ueber die Ergebnisse der vor etwa Jahresfrist zum Abschluß gelangten Mission des französischen Schiffsfähnrichs Gentil liegt jetzt eine Kartenskizze vor (im „Mouvement géographique" vom 12. Februar). Sie ist zwar nur flüchtig und dürftig, aber doch offenbar schon unter Berücksichtigung der astronomischen Ortsbestimmungen Gentil's entworfen, und da ergiebt sich denn das überraschende Resultat, daß auf dieser Grundlage der äußerste nördliche Zipfel des hinterlandes von Kamerun eine ganz erhebliche Vergrößerung erfährt. Auf den bisherigen Karten des Gebiets am unteren Schari, die noch ausschließlich auf die Aufnahmen Barth's und Nachtigal's zurückgingen, betrug die größte Breite jenes Zipfels — am 10. Grad n. Br. von Zola im Westen bis in die Gegend von Milin am Schari — rund 450 km; nach Gentil's Ortsbestimmungen aber rückt der genannte Punkt am Schari um volle 100 km weiter nach Osten. Das bedeutet nach roher Messung — unter Berücksichtigung noch einiger anderen Einzelheiten der Gentil'schen Aufnahme — eine Vergrößerung des deutschen Gebiets um nicht weniger als 28,000 Quadratkilometer gegen die bisherige Darstellung! Das ist ein Flächenraum, der etwa so groß ist wie der Tschadsee oder, um bei näher liegenden Verhältnissen zu bleiben, wie die Provinz Posen. Man sollte das nicht für möglich halten — aber es ist so, und die Franzosen werden dieses ihnen etwas unliebsame Ergebniß der sonst für ihre Pläne so erfolgreichen Unternehmung Gentil's wohl oder übel in den Kauf nehmen müssen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Im wiener Rathhauskeller entstand am Mittwoch abend zwischen deutschnationalen Studenten und Christlichsozialen eine Schlägerei. Die Deutschnationalen sangen die „Wacht am Rhein", worauf die Christlichsozialen den „Lueger-marsch" anstimmten und die Nationalen hinausdrängten, wobei einige von letzteren blutige Verletzungen davontrugen.

Wie aus Trebinje gemeldet wird, stürmten Serben die dortige Kirche und rissen die darauf befindliche kroatische Fahne herab.

Großbritannien und Irland.

Im Unterhause erklärte gestern Parlaments-Unterstaatssekretär Brodrick, die Konferenz zur Bekämpfung des Anarchismus habe beschlossen, die Verhandlungen als geheime zu betrachten. Es sei daher nicht möglich, Schriftstücke darüber vorzulegen. Uebrigens hätten bei den Schlußabstimmungen die englischen Delegirten sich der Abstimmung enthalten, England sei daher durch die vereinbarten Beschlüsse nicht gebunden. — Lawrence fragt an, ob mit Deutschland wegen der neutralen Zone im Hinterlande der Goldküste Verhandlungen stattfinden und ob jenes Gebiet jetzt für den Handel geöffnet sei. Brodrick erwidert, Verhandlungen fänden gegenwärtig nicht statt, aber das bestehende Abkommen hindere durchaus nicht, daß dort Handel getrieben werde. — Buchanan fragt an, ob der Sultan von Oman an Frankreich einen Hafen oder eine Kohlenstation abgetreten habe oder abzutreten im Begriffe sei. Brodrick erklärt, soweit er unterrichtet sei, sei dies nicht der Fall. Das Haus verwirft ohne Abstimmung einen Unterantrag Schwiertz Kerr's zur Adresse, wonach eine Untersuchung über die steigende Abhängigkeit Englands von der Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande und die daraus im Kriegsfalle sich ergebenden Zustände angestellt werden sollte. Im weiteren Laufe der Debatte erklärte Ritchie, das Handelsamt, die Admiralität und das Landwirthschaftsministerium hätten jene Frage untersucht. Das Ergebniß dieser Untersuchung gäbe indeß der Regierung keine Veranlassung, die vom Antragsteller erwarteten schlimmen Folgen zu fürchten. Der Ackerbau sei in England niemals entwickelter gewesen als jetzt. (Rufe: Oho!) Ein Arrangement, durch welches England eine größere Zufuhr von Nahrungsmitteln aus den Kolonien erhalten könnte, sei wünschenswerth, aber, wenn ein solches nur mittels einer Einrichtung in der Art von Schutzzöllen möglich sei, so sei dies eine so eingreifende Abweichung von der Politik, welche die große Mehrheit des Landes adoptirt habe, daß das gewünschte Resultat unerreichbar sei. Eine starke, mächtige Flotte sei der Hauptfaktor zum Schutze der Lebensmittelzufuhr aus dem Auslande. Keine Regierung sei des Vertrauens würdig, welche nicht die Sicherung der Handelswege zum Hauptziele ihrer Politik mache. Was die Kohlenvorräthe betreffe, so würden fremde Kreuzer Schwierigkeiten bei der Erlangung von Kohlen zu bewältigen haben, mit denen die britische Flotte nicht zu rechnen brauche. England müsse, wenn es blockirt würde, nicht der Gefahr der Hungersnoth ausgesetzt sein, da die hohen Preise Getreide aus allen Weltheilen anlocken würden, so lange das Getreide nicht als Kriegscontrebande erklärt würde und auf neutralen Schiffen zugeführt werden könnte. Würde eine fremde Macht das Getreide als Kriegscontrebande erklären, so würde dies auf die Gegnerschaft Amerikas und vielleicht auch anderer Länder stoßen. Das System der Prämien für einheimisches Getreide sei unpraktisch, auch das System nationaler Assekuranz sei undurchführbar. Ritchie verwirft auch die Idee der Errichtung nationaler Getreidevorräthe.

Der „Daily Telegraph", der neuerdings verschiedentlich dem auswärtigen Amte als Mundstück gedient hat, befürwortet an hervorragender Stelle in gesperrtem Druck lebhaft eine Verständigung Englands mit Frankreich, sowie die Gewährung aller möglichen geschäftlichen Vortheile am oberen Nil, soweit nicht die Flagge in Frage kommt, im einzelnen auch die Zulassung französischer Lagerkäufer, wie England sie bereits am Sambesi unter portugiesischer Hoheit besitze. Das Blatt deutet an, Frankreich werde diese Bedingungen annehmbar finden.

Provinzialnachrichten.

Provinzial-Ausschuß der Provinz Sachsen.

Aus den Verhandlungen der letzten Sitzung des Provinzial-Ausschusses ist als von allgemeinerem Interesse folgendes hervorzuheben:

Einem Deichverband in der Altmark wurde zu den Kosten der Erbauung eines Sommerdeiches ein Darlehn aus dem Landes-Meliorationsfonds gegen niedrige Verzinsung gewährt. Ferner wurden einer Stadtgemeinde im Kreise Grafschaft Hohenstein zur Anlage eines im Interesse der besseren Ackerbewirthschaftung erforderlichen Umfluthgrabens eine unentgeltliche Beihilfe und ein Darlehn gegen niedrige Verzinsung bewilligt. Dem Antrage einer Gemeinde im Kreise Worbis auf Gewährung einer Beihilfe aus Landarmenfonds zu den Kosten der Ortsarmenpflege gemäß § 36 des Preußischen Ausführungsgesetzes zum Unterstützungswohnsitzgesetze wurde entsprochen. Eine Strecke der Provinzialstraße Köthen-Könnern wurde einer Gemeinde im Saalkreise gemäß § 47 der Wegeordnung für die Provinz Sachsen in eigene Verwaltung und Unterhaltung gegen Gewährung einer Kapitalentschädigung überwiesen. Die Giltigkeit des mit einer Eisenbahnbau-Gesellschaft wegen Mitbenutzung von Provinzialstraßen 2c. beim Bau der projektirten elektrischen Kleinbahn Halle-Leipzig abgeschlossenen Vertrags wurde auf ein weiteres Jahr verlängert. Die einer Eisenbahn-Gesellschaft bisher obgelegene Unterhaltungspflicht für eine Strecke der Magdeburg-Helmstedter Provinzial-Chaussee wurde gegen Zahlung einer jährlichen Entschädigung seitens der Gesellschaft auf die Provinz übernommen. Dem Antrage zweier Gemeinden auf Erhöhung früher bewilligter Wegebaubeihilfen wurde entsprochen; einer Gemeinde wurde zu einer früher bewilligten Beihilfe eine weitere Unterstützung zum Ausbau einer Dorfstraßenstrecke gewährt. Der Vertrag mit einem Kreis-Kommunal-Verbande im Regierungs-Bezirke Merseburg wegen Beaufsichtigung von Kreis-Chausseen uhw. durch Provinzial-Chausseeaufseher wurde genehmigt. Der mit dem Herzogthum Sachsen-Altenburg früher abgeschlossene Vertrag wegen Mitbenutzung der Provinzial-Taubstummen-Anstalt in Weißenfels wurde auf weitere 5 Jahre verlängert. Mit der versuchsweisen Einrichtung besonderer Klassen für schwachbefähigte taubstumme Kinder in den Provinzial-Taubstummen-Anstalten Halle und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990217025/fragment/page=0002

Weißenfels erklärte sich der Provinzial-Ausschuß einverstanden. Für die neue Provinzial-Hebammen-Lehranstalt in Magdeburg wurde als Eröffnungstermin der 1. Oktober d. J. in Aussicht genommen. Der Vertrag mit dem Besitzer des Klosterguts Bodersleben über Unterhaltung der dortigen Ackerbauschule wurde auf weitere 12 Jahre verlängert. Ferner wurde über gnadenweise Bewilligung von Wittwen- und Waisengeld, über die Neuwahl eines Mitglieds-Stellvertreters der Denkmäler-Kommission, über die Prüfung und Entlastung einer Fonds-rechnung, sowie über einige Personal-Angelegenheiten Beschluß gefaßt.

z **Artern**, 16. Febr. [Geplante Fabrikanlage. — Wasserleitung.] Hier wird von einem Konsortium, an dessen Spitze ein hiesiger Kaufmann steht, die Errichtung einer großen Spinnerei beabsichtigt. — In unserer Wasserleitungs-Angelegenheit haben gestern zwei Ingenieure der unternehmenden Firma das Wassergewinnungsgebiet besichtigt und sind dem Vernehmen nach mit dem Erfolg zufrieden. Es ist zur Wassergewinnung ein Quellen enthaltendes Grundstück in Bretleben in Aussicht genommen.

* **Mühlhausen i/Th.**, 16. Febr. [Lehrerprüfung.] Die Abgangsprüfung am hiesigen Seminar, die unter dem Vorsitz des Provinzialschulrats Friese aus Magdeburg stattfand, erreichte gestern ihren Abschluß. Von 33 Seminaristen, die sich der Prüfung unterzogen, erhielten 32 das Zeugniß der Reife.

K. **Erfurt**, 16. Febr. [Unsinnige Wette.] In einer Restauration des etwa drei Stunden von Erfurt entfernten weimarischen Dorfes Eckstedt kam es am Sonnabend zwischen dem Unterschweizer des dortigen Gutes und einigen jungen Leuten zu einer unsinnigen Wette insofern, als ersterer sich verpflichtete, große Quantitäten Rum und Branntwein schnell hintereinander zu trinken. Mitten in der „Arbeit" brach der Schweizer zusammen. Man trug ihn nach seiner Wohnung, woselbst er am anderen Tage starb.

□ **Nordhausen**, 16. Febr. [Leichenbestattungs-apparat. — Pfarrbesoldungsgesetze. — „Die Deutschen in Samoa."] Während die städtische Begräbniß-Kommission in Halle, wie vor einigen Tagen berichtet wurde, die Beschaffung eines Lovrech'schen Leichenbestattungsapparats aus Gründen, deren Stichhaltigkeit nicht anzufechten war, abgelehnt hat, hat die hiesige Stadtverordnetenversammlung zur Beschaffung eines solchen Apparates die vom Magistrate beantragten 1000 M. zur Verfügung gestellt. Es wird sich nun zeigen, ob die in Halle angedeuteten Uebelstände in der Benutzung des Apparats hier in Nordhausen nicht ebenfalls eintreten werden. — Die Anwendung des Pfarrbesoldungsgesetzes vom 2. Juli v. J. stößt auch in unserer Stadt schon in dem Stadium der Vorarbeiten auf große Schwierigkeiten. Dieselben liegen darin, daß die gegebenen leitenden Bestimmungen so unklar gefaßt sind, daß schon bei der Angabe des gegenwärtigen Einkommens der Stellenbhaber die tiefgreifendsten Zweifel und Unsicherheiten entstanden sind. Infolgedessen ist die eine Gemeinde hierbei von den, die andere von jenen Grundsätzen ausgegangen. Die in diesen Fragen den Behörden zugegangene Regierungsverfügung ist dann wieder so umfangreich und so wenig übersichtlich, daß man dieselbe so und so viele male lesen muß, um sie zu verstehen. Da bei uns 7 evangelische Pfarrstellen vorhanden sind, hat die Neuorganisation in unserer Stadt einen ziemlich großen Umfang sowie infolgedessen ganz besondere Thätigkeit im Gefolge. — Der vor einigen Tagen unter der Ueberschrift „Die Deutschen in Samoa" im Feuilleton der „Saalezta." erschienene Artikel des Herrn A. v. Wolfersdorf in Apia gedachte in besonders anerkennenden Worten auch des neuen Leiters der dortigen deutschen Schule, eines evangelischen Pastors von vorzüglicher Rednergabe, der seiner Aufgabe voll gerecht werde. Von allgemeinerem Interesse wird es sein, hierzu hiermit noch mitzutheilen, daß dieser Geistliche ein Kind unserer Stadt, und zwar ein Sohn des hiesigen Volksschullehrers Ernst Margraf ist, und daß auch seine Gattin, eine Tochter des hiesigen verst. praktischen Arztes Dr. Schütte, von hier stammt. Pastor Margraf hat aus Samoa schon manche Naturkaten und Kuriositäten, sowie manche interessante Mittheilung nach hier gelangen lassen.

* **Salzwedel**, 16. Febr. [Abbruch der Gebäude der Burg zu Salzwedel.] Die Gebäulichkeiten auf dem Burggrundstück (der früheren Burg Albrecht's des Bären) hierselbst werden in einigen Tagen nun ganz vom Erdboden verschwinden. Stehen bleibt nur der runde Aussichtsthurm zur Erinnerung an die Stelle, wo einst Preußens Wiege stand. Die Gebäude waren auf Abbruch verkauft, und mit dem Abbruch war im Herbst begonnen; da jedoch das alte Mauerwerk theilweise zu fest war, wurden die Arbeiten eingestellt. Jetzt weilt eine Abtheilung des magdeburger Pionierbataillons Nr. 4 hier, um die letzten Reste durch Sprengung zu entfernen.

— [Erledigte Stellen für Militäranwärter im Bezirk des IV. Armeecorps.] Soglich: **Bernburg**, Kaiserl. Postamt, Landbriefträger, zunächst auf 3monatige Kündigung, 700 M., Bewerbungen an die Kaiserl. Ober-Postdirektion in Magdeburg. — 1. April 1899: **Bitterfeld**, Magistrat, Polizeisergeant, die Stelle ist pensionsberechtigt, Militärdienstzeit wird angerechnet, 900 M. Gehalt, 120 M. Mietheentschädigung, 100 M. Kleidergelder, Gehalt steigt von drei zu drei Jahren bis zum Höchstgehalt von 1350 M. — 1. Mai 1899: **Köthen** (Anhalt), Kaiserl. Postamt, Landbriefträger, zunächst auf 3monatige Kündigung, später auf Lebenszeit, 700 M., Bewerbungen an die Kaiserl. Ober-Postdirektion in Magdeburg zu richten. — 1. Mai 1899: **Nachrieden**, Kaiserl. Postagentur, Landbriefträger, auf 3monatige Kündigung, später auf Lebenszeit, 700 M. — Aldabdi: **Greiz**, Fürstl. Staatsanwaltschaft, Gerichtsschreibergehilfe, Bewerbungsgesuche sind unter Beifügung des Civilversorgungsscheines, der Zeugnisse über die letzteren Beschäftigungen und eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes an die Fürstl. Landesregierung in Greiz zu richten. — Export: **Halle** (Saale), Königl. Universitäts-Psychiatrische und Nervenklinik, 1. Oberwärter, die Pensionsberechtigung kann erworben werden, Meldungen umgehend an die Direktion dieser Klinik. — 1. April 1899: **Halle** (Saale), Königl. Strafanstalt, Aufseher; avancirte Militärs mit längerer Dienstzeit eignen sich erfahrungsmäßig am besten zum Strafanstaltsaufseher, jedoch sind nicht avancirte Militäranwärter nicht ausgeschlossen. — 1. April 1899: **Magdeburg**, Kaiserl. Postamt I, Postschaffner, zunächst auf 3monatige Kündigung, 800 M. Gehalt. — 1. Mai 1899: **Magdeburg**, Kaiserl. Postamt, Postschaffner. — 1. April 1899: **Neuhaldensleben**, Kaiserl. Postamt, Briefträger, zunächst auf 3monatige Kündigung, 800 M. Gehalt, Bewerbungen sind an die Ober-Postdirektion in Magdeburg zu richten. — Baldigst: **Sandersdorf**, Amtsvorsteher, Amtssteuer. — Soglich: **Westerhüsen** (Elbe), Kaiserl. Postamt, Postschaffner, zunächst auf dreimonatige Kündigung, 800 M., Bewerbungen an die Kaiserl. Ober-Postdirektion in Magdeburg zu richten.

---

* **Jena**, 16. Febr. [Prinz Heinrich und die Zeiß'sche Fabrik. — Schriftstellerheim.] Für die Firma Zeiß in Jena soll Prinz Heinrich von Preußen auf seinen Reisen im Ausland Propaganda machen, so berichtet die pariser Zeitung „Le Gaulois", und die Franzosen werden diesen Unsinn wohl auch für baare Münze nehmen. Das Blatt macht den Bruder unseres Kaisers sogar zum Mitinhaber der Firma. — Dr. Schröter, welcher seiner Zeit ein Grundstück zur Errichtung eines „Deutschen Schriftstellerheims" in Jena zur Verfügung stellte, theilte gestern in einer Sitzung des „Hausbesitzervereins" mit, daß die Errichtung eines solchen Heims gesichert sei.

ms. **Gera**, 16. Febr. [Selbstmorde. — Seltenes Jagdglück.] Heute vormittag wurde bei der Cubamühle der Restaurateur Werner als Leiche aus dem Mühlgraben gezogen. Krankheitshalber hatte er den Tod gesucht. — Das gestern todt aus der Elster gezogene Mädchen ist die 22 Jahre alte Hedwig Poser von hier, welche gleichfalls körperlicher Leiden halber sich das Leben genommen hat. — Im benachbarten Oberröppisch schoß gestern der Baumwärter Wegner einen jungen Lämmergeier, der aus einem Gehöft einen jungen Hund geraubt hatte und damit aufgeflogen war.

ms. **Meuselwitz**, 16. Febr. [Mit dem Bau der Nebenbahn Gera-Meuselwitz], welche 30,2 km lang werden und 1 m Spurweite erhalten wird, dürfte in den nächsten Tagen begonnen werden, da die Konzessionsertheilung stündlich erwartet wird. Die Bahn bezweckt die Aufschließung eines wohlhabenden Landestheils, insbesondere aber die billige Versorgung der Stadt Gera mit Meuselwitzer Braunkohle. Die Kohle soll den Konsumenten, in der Hauptsache Geraer Fabrikanten direkt in das Haus gefahren werden. Besonderen Vortheil werden die Orte Lemnitz, Trebnitz, Schwaara, Cuhna, Söllmnitz, Wernsdorf, Pölzig, Wittgendorf, Börthen, Kayna, Spora 2c. von der Bahn haben. Die veranschlagten Kosten dieser Bahn betragen 2 Mill. Mark excl. Grunderwerb. Die Grunderwerbskosten werden größtentheils von den Interessenten der betheiligten Staaten getragen. Im Fürstenthum Reuß j. L. liegen etwa 14,000, im Herzogthum Sachsen-Altenburg rund 3000 und im Königreich Preußen 12,500 m der Bahnlinie. Die Bahn wird von der Eisenbahnbau- und Betriebs-Gesellschaft Bering & Waechter im Anschluß an die Geraer Straßenbahn auf eigene Rechnung gebaut.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Wollauktion zu Leipzig. Die Landwirthschaftskammer für die Provinz Sachsen theilt uns mit, dass die erste der dieser Tage näher behandelten Wollauktionen am 12. April im Saale der Produktenbörse zu Leipzig stattfindet. Nähere Auskunft über die Durchführung dieser Wollauktionen ertheilen die Landwirthschaftskammer für die Provinz Sachsen zu Halle und die Firma P. A. Hergersberg in Leipzig.

Rio de Janeiro, 15. Febr. Wechsel auf London 7 11/32.

Buenos Aires, 15. Febr. Goldagio 125,70.

Zahlungs-Einstellungen.

Namen	Wohnort	Amtsgericht	Eröffn.-Term.	Anm.-Frist	I. Gl.-Verf.	Prüf.-Term.
G. Thörner, Kfm.	Blankenburg a. H.	Blankenburg a. H.	11.2.	8.4.	4.3.	29.4.
Bernh. Horwitz, Kfm.	Guben	Guben	11.2.	24.3.	7.3.	11.4.
Georg Lesch, Kfm.	München	München	10.2.	1.3.	9.3.	9.3.
Herm. Dura, Kfm.	Neisse	Neisse	11.2.	30.3.	9.3.	11.4.
Adolf Ebel, Kfm.	Rehna	Rehna	10.2.	10.3.	28.2.	14.3.
Brüstlein & Co.	Rufach	Rufach	8.2.	1.3.	8.3.	8.3.
H. Hirthe's Nachf. M. Schmidt & A. Jonas	Sagan	Sagan	10.2.	6.3.	4.3.	8.3.

Waaren- und Produktenberichte.

Zucker.

* **London**, 16. Febr. 96⅝ Javazucker loco 11⅜ ruhig, Rüben-Rohzucker loco 9 sh. 5 Käufer d. fest.

* **Paris**, 16. Febr. (Schluss.) Rohzucker behauptet, 88% loco 29¼ à 29½. Weisser Zucker fest, Nr. 3, per 100 kg, per Febr. 29⅝, per März 29¾, per Mai-Aug. 30⅝, per Okt.-Jan. 29⅛.

Kaffee.

* **Hamburg**, 16. Febr. Kaffee ruhig, Umsatz —,— Sack.

Hamburg, 16. Febr. (Vormittagsbericht.) Good average Santos, per März 31 Gd., pr. Mai 31¼ Gd., pr. Sept. 32¼ Gd., pr. Dez. 32¾ Gd.

Hamburg, 16. Febr. (Nachmittagsbericht.) Kaffee good average Santos, per März 30¾ Gd., per Mai 31¼ Gd., per Sept. 32 Gd., per Dez. 32¾ Gd.

Hamburg, 16. Febr., abends 6 Uhr. Kaffee good average Santos, per März 30¾ Gd., per Mai 31¼ Gd., per Sept. 32 Gd., Dez. 32¾ Gd.

Havre, 16. Febr., vorm. 10 Uhr 30 Min. (Bericht der hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee good average Santos, per Febr. 37,00, per März 37,25, per Mai 37,75. Behauptet.

Amsterdam, 16. Febr. Java-Kaffee good ordinary 31,00.

Spiritus.

* **Hamburg**, 16. Febr. Spiritus fest, Febr. 19¼ Gd., per Febr.-März 19¼ Gd., per März-April 19 Gd., per April-Mai 19 Gd.

* **Stettin**, 16. Febr. Spiritus loco ohne Fass 70 M. Konsumsteuer 38,80 Gd.

* **Breslau**, 16. Febr. Spiritus per 100 l 100 proz. excl. 50 M. Verbrauchsabgabe per Febr. 56,80 Br., do. 70 M. Verbrauchsabgabe per Febr. 37,30 Gd.

* **Paris**, 16. Febr. (Schlussbericht.) Spiritus ruhig, Febr. 45, März 44¾, Mai-Aug. 44½, Septbr.-Dezbr. 40¾.

Hülsenfrüchte.

* **Wien**, 16. Febr. Mais per Mai-Juni 4,98 Gd., 4,99 Br.

* **Pest**, 16. Febr. Mais per Mai 4,69 Gd., 4,70 Br.

Futterartikel.

* **Hamburg**, 15. Febr. Oelkuchen fest, Rapskuchen 115–125 M. Leinkuchen 135 M. Palmkuchen, deutsche 112 M. Cocosnusskuchen 130–150 M. Cocosnusskuchen, deutsche —,— M. Erdnusskuchen 135–155 M. Baumwollsaatkuchen 105–110 M. Palmkernschrot 110 M. die 1000 kg.

Schiffsnachrichten.

Bremen, 16. Febr. Bewegungen der Dampfer des Norddeutschen Lloyd: „Prinz Heinrich", von Ostasien, 15. auf der Weser. „Saale" 15. von Southampton nach New York. „Gera" 15. in New York. „Dresden" 15. Dover passirt.

Dampfer der Hamb.-Am. P.-A.-Gesellschaft.

Hamburg, 16. Febr. „Cheruskia" und „Scotia" 15. in Havre. „Brasilia" 15. Lizard passirt.

Wasserstand der Saale bei Trotha.

16. Febr. abends, + 2,46. 17. Febr. morgens + 2,38.

Musik-Mappen.

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90.

Otto Kummer, Poststraße 10. Spezial-Geschäft feiner Genfer und Glashütter Taschenuhren. Moderne Zimmeruhren.

Grosses Lager fertiger

Confirmanden-Anzüge

Anfertigung nach Maass.

Unübertroffene Preiswürdigkeit.

Elegante moderne Ausführung selbst in den niedrigsten Preislagen.

Wie allgemein bekannt, zeichnet sich meine Confection durch vorzüglichen Sitz und beste Näharbeit vortheilhaft aus.

Verkauf zu streng festen, anerkannt niedrigsten Preisen.

Herm. Bauchwitz

4 Markt 4. Halle a. S. Gegründet 1859. 4 Markt 4.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990217025/fragment/page=0003

Seidenstoffe

in schwarz, weiss und farbig,
glatt und gemustert,
in den neuesten Webarten und Farben,
in vielseitiger Auswahl und nur guten bewährten Fabrikaten.

Leipziger Str. 97, Theodor Rühlemann, Halle a. S.
Ecke an der Ulrichskirche.

Muster stehen gern franco zu Diensten.

Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein

Generaldirektion **STUTTGART** Uhlandstr. Nr. 5

Juristische Person. Gegründet 1875. **Staatsoberaufsicht.**

Gesammtreserven über 11 Millionen Mark.

Der Verein gewährt zu den billigsten Prämien und günstigsten Bedingungen:

Haftpflicht-Versicherung
umfassend
Körperverletzung, Sach- und Vermögensbeschädigung.

Der Verein vergütet **90 oder 100 % des Schadens** bei Körperverletzung und gewährt dabei derselbe die Versicherung

in unbegrenzter Höhe mit fester Prämie,

d. h. mit Ausschluss der Nachzahlungsverbindlichkeit vermittelst Rückversicherung.

Aller Gewinn wird den Versicherten zurückvergütet. Seit Jahren beträgt die

Dividende 20 Prozent.

Die Haftpflichtversicherung ist wichtig für alle Lebens- und Berufsverhältnisse, insbesondere für:

Industrielle Unternehmungen, Pferde- und Fuhrwerksbesitzer, Bauhandwerker aller Art, Land- und Forstwirthe, Speditionsgeschäfte, Schifffahrtsbetriebe, Inhaber von Handelsgeschäften.	Haus- und Grundbesitzer, Hoteliers und Restaurateure, Besitzer von Badeanstalten, Theater und Ausstellungen, Miether und Privatpersonen, Schützen, Jäger, Radfahrer etc. Turn- und andere Vereine.
Aerzte und Apotheker, Beamte, Rechtsanwälte u. Notare.	Gemeinde- u. Kirchenverwaltgn. Genossenschaften aller Art.

Am 1. Januar 1899 bestanden in sämmtlichen Abtheilungen des Vereins 283,297 Versicherungen über 2,060,269 versicherte Personen.

Prospecte und Versicherungsbedingungen werden abgegeben, sowie jede gewünschte Auskunft wird ertheilt von:

Subdirektion Halle a. S.: W. Lotze, Alte Promenade 6.
R. Marschall, General-Agent, Halle a. S., Herderstrasse 1.
Ad. Wagner, General-Agent, Halle a. S., Zwingerstrasse 11.
Joh. Dippe, Bitterfeld, Steinstr. 2. **Ferd. Köller,** Uhrmacher, **Landsberg. F. C. Demand, Lauchstädt.**

Karl Koch's Nährzwieback

seit 15 Jahren durch erstaunliche Erfolge mehr als bewährt, unter ärztlicher Kontrolle hergestellt, chemisch untersucht, kalkphosphathaltiges, Blut und Knochen bildendes Nährmittel ersten Ranges, ist in Packungen zu 10, 20, 30 und 60 Pfg. erhältlich in

Karl Koch's Nährzwieback-fabrik, Halle a. S., u. in allen besseren Kolonialwaaren- u. Drogenhandlungen.

Süsse Messina- und Blutapfelsinen,
Mandarinen, Ananas, Waldmeister, Kopfsalat, Eskarol, Endivien, Radicse, engl. Sellerie, Artischocken, Salatgurken, Tomaten.

Prima Engl. Natives-Austern à Dtzd. M. 2,75

lebende Helg. Hummern, Ungar. Mastputen, Brüssl. Poularden, Capaunen, Poulets, Perlhühner, Enten, Kücken, Birkwild, Schnee- und Haselhühner, Krammetsvögel,

kleine zarte Rennthierrücken 8—10 Pfd. schwer
empfehlen

Sprengel & Rink

Telephon Nr. 414. Leipziger Strasse 2.

Wein- und Austern-Stube.

Zum diesjährigen, am 21. Februar stattfindenden Rossmarkte steht schon von **Sonnabend den 18. d. Mts.** eine große Auswahl **belgischer, sowie dänischer Arbeitspferde** bei mir zum Verkauf.

Wilhelm Trautmann, Querfurt.

Von Sonnabend den 18. d. M. ab steht wieder ein großer Transport Prima hochtragender Färsen und Kühe, sowie neumilchende Kühe mit den Kälbern sehr preiswerth bei mir zum Verkauf.

Louis Nürnberger, Merseburg.

Möbelfabrik und Magazin
Bernh. Grunwald, Rathhausstraße 2,

empfiehlt sein großes Lager selbstgefertigter **Möbel, Spiegel und Polsterwaaren** zu reellen, denkbar billigsten Preisen unter langjähriger Garantie.

Complette Wohnungs-Einrichtungen

in **Nußbaum, Mahagoni, Eiche, imitirten und weichen Hölzern** stets in **überraschender reicher Auswahl** in meinen **bequemen, großen und hellen Möbelsälen, der Neuzeit entsprechend, zur Ansicht aufgestellt.**

Die Besichtigung meines reichhaltigen Möbellagers stelle ich den geehrten Herrschaften ohne jegliche Aufdringlichkeit jederzeit gern zur Verfügung. Zimmereinrichtungen nach Extra-Zeichnungen sowie auch eigenen Entwürfen werden in kürzester Zeit unter persönlicher Leitung angefertigt. Transport durch eigenes Geschirr gratis.

Bernh. Grunwald, Tischlermeister, Rathhausstr. 2, neben Bauer's Brauerei und Sparkassen-Gebäude.

Das solideste Fahrrad ist „Wanderer".

Verkaufsstelle: **Otto Giseke,** Gr. Steinstrasse.

Gasdouche

Für Aerzte! Für Laien! Mk. 30.—

z. Einführung v. kohlensaurem Gas in Körpercanäle u. Cavernen
pat. gesch. u. concess. d. d. Medicinalbehörde zu Leipzig
gegen
alle Erkrank. d. **weibl.** Sexualfunkt., Menstruationsstör. aller Art, Leukorrhöe 2c., sowie g. Entzündungsstadien der **männl.** Harn- und Sexualorgane, wie Blenorrhöe, Gonorrhöe, Cystitis 2c.

Darmleiden

Broschüre Mk. 1.— durch d. Buchhandel
und
Paul Gassen, Cöln a. Rh. XIV.

Halle a/S., den 15. Februar 1899.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Halle und Umgegend beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich mit heutigem Tage

Magdeburger Straße 27
(zw. den Kgl. Kliniken u. dem Walhalla-Theater)

eine Fahrrad- u. Nähmaschinen-Handlung nebst eigener Reparatur-Werkstatt

eröffnet habe.

Mein eifriges Bestreben wird sein, meinen werthen Kunden sowie Bekannten nur vom Besten zu liefern.

In der Hoffnung, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichne Hochachtungsvoll

A. K. Walter Wagner,
Magdeburger Str. 27.

NB. General-Vertretung der Sport- und Anker-Fahrradwerke.

Steinkohlen aller Art, auch **Englische Anthracitkohle, Steinkohlen-Briketts, Stuben-Coak, Grude-Coak, Böhm. Braunkohlen (Salonkohlen), Braunkohlenbriketts u. Pressstein** zur vorzüglichsten Stuben- und Küchenfeuerung empfehlen in bester Qualität und zu billigsten Preisen in ganzen Wagenladungen, Fuhren oder kleineren Quantitäten (s

Klinkhardt & Schreiber, Neue Promenade 12.

Bestellungen zur Anlieferung ins Haus werden prompt ausgeführt. Fernspr. 203.

Werkstatt für Neuarbeiten, sowie Reparat. prompt, sauber bei mäßig. Preisen.

Leopold Pietzsch.

Gegründet 1872.

Zur **Confirmation** bringe mein **Gold- und Silberwaaren-Lager** einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum in empfehlende Erinnerung. Ebenso, wie in meinem Schaufenster nur **echte Waaren** in 8- und 14k. Gold ausliegen, habe außerdem am Lager sämmtliche Schmucksachen in Charnier-Double und amerik. Double. Es dürfte sich sonach lohnen, **Geschenke,** sowohl von den theuersten als auch bis zu den billigsten, in Augenschein zu nehmen.

Ankauf von altem Gold und Silber in kleinen wie größten Partien, auch ohne Verpflichtung zum Einkauf neuer Waaren. Größere Schmelzeinrichtung im Hause.

Leopold Pietzsch

Juwelier und Goldschmied.

!! Sensationell !! **Endlich** !! Sensationell !!

ist es mir gelungen, eine **Schnurrbart-Tinctur** fertig zu stellen, die den Schnurrbart in jede beliebige Form versetzt und das Wachsthum bedeutend fördert, ich rathe einem jeden Herrn einen Versuch zu machen und Sie werden staunen, à Fl. 1 ℳ. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Bitte genau auf meine Firma Acht zu geben (**Martin Hirt, Halle a. S.**) Erfinder des berühmten Universal-Haarwassers und Schuppenpomade.

Martin Hirt, Friseur,
Magdeburger Straße 23 und Parkhad.

Ich verreise
am 20. Februar auf circa 4 Wochen.
Dr. Henze.

C. S. Carlson,
Gr. Ulrichstraße 51.
Anstalt für schwedische Heilgymnastik, Orthopädie nebst Massagebehandlung.

Anm.: **Damen** werden von Frl. Nycander aus Gothenburg behandelt.

Papphülsen
zum
Versenden und Aufbewahren
von
Zeichnungen, Placaten, Diplomen etc.
in diversen Längen u. Weiten stets vorräthig bei
H. Bretschneider
Steinweg 56. Fernspr. 831.

Ia. Goldthropgerste,

auf der Gerstenausstellung prämiirt mit dem Kaiserpreis, offerirt bei Entnahme von 20 Pfd. ab à Ctr. 10 ℳ ab Cöthen. Muster gegen 10 ₰-Marke.

Emil Veitel, Cöthen in Anhalt.

Durch günstigsten Abschluß offerire:

Hafercacao, à Pfd. nur 60 Pfg. vorläufig.

Derselbe ist nicht mit gewöhnlichem, sondern mit extrafein präparirtem Hafermehl und Zusatz von etwas **Vanillezucker** bereitet, ist dadurch **bedeutend schmackhafter u. leichter verdaulich** als and. Sorten. Muster gratis.

Hall. Kaffee- u. Cacao-Vers.-Gesch.
Otto Bornschein, Mittelstr. 21, neb. Gr. Steinstr. 14.

Bockbier-Würstchen

empfiehlt den Herren **Restaurateuren** billigst

Wilh. Nietsch jun., Geiststr. 17. Fernspr. 1152.

Auctionen.

Sonnabend den 18. d. Mts. Vorm. 1/2 10 Uhr versteigere ich Geiststr. 39 zwangsweise: 2 gute Arbeitspferde, 7 Rollwagen mit Federn, 1 Möbelwagen, 1 Planenwagen, 1 eisernen Geldschrank, 1 gr. Doppelpult, 1 Pianino, 1 vernickelte amerik. Controlkasse, 1 großes Waarenregal, 2 Ladentische, 1 Hobelbank.

Friedrich, Gerichtsvollzieher.

Sonnabend den 18. ds. Vorm. 11 Uhr versteigere ich Geiststr. 39 hier zwangsweise: 1 Hobelbank, 3 Schraubstöcke, 1 Pianino, 1 Trumeau, 3 Schreibtische, 1 Doppelpult, Kleidersekretäre, Sophas, Kommoden, Tische, Stühle, Spiegel, 1 Uhr 2c.

Hirsch, Gerichtsvollzieher.

Sonnabend, den 18. d. Mts., Mittags 12 Uhr versteigere ich zwangsweise im zweiten Neubau an der Triststraße in Giebichenstein **ca. 30,000 Mauersteine, 25 eis. Träger und eine Partie Bohlen, Bretter, Cement, Gyps 2c.**

Engel, Gerichtsvollzieher.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit 2 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990217025/fragment/page=0004